



Mai 2026

Briefing vor finalen Abstimmungen: Neue Gentechnik bei Pflanzen

Wo stehen wir – und worum geht es?

In den kommenden Wochen entscheidet sich, ob die EU ihre Regeln für gentechnisch veränderte Pflanzen grundlegend lockert. Sollte das Europäische Parlament in den beiden noch ausstehenden Abstimmungen seine Zustimmung geben, würden für sogenannte „Neue Genomische Techniken“ (¹NGTs) – also neue Verfahren der Gentechnik wie CRISPR/Cas – künftig deutlich schwächere Vorschriften gelten. Ein tiefgreifender Paradigmenwechsel im europäischen Gentechnikrecht. Aus grüner Sicht geht er in die falsche Richtung: Er schwächt das Vorsorgeprinzip, gefährdet Transparenz und Biodiversität und stärkt die Macht großer Saatgut- und Chemiekonzerne.

Befürworter der Gentechnik-Deregulierung behaupten, dass neue Gentechnikverfahren schneller klimaresistente Pflanzen hervorbringen, den Pestizideinsatz reduzieren und die Landwirtschaft an die Folgen der Klimakrise anpassen könnten. Zudem führen sie an, dass Europa im internationalen Wettbewerb mit Ländern wie den USA oder China innovationsfähig bleiben müsse. ABER: viele dieser Versprechen sind bislang rein spekulativ. Die eigentlichen Probleme der Landwirtschaft – etwa Monokulturen, Verlust der Biodiversität, Bodendegradation und wirtschaftlicher Druck auf Bauernhöfe – werden so nicht gelöst werden können. Aus grüner Sicht braucht Europa statt einer Deregulierung der Gentechnik vor allem eine agrarökologische Transformation mit mehr Vielfalt auf den Feldern, resilienten Ökosystemen, weniger Pestiziden, regionalen Wertschöpfungsketten und einer Landwirtschaft, die innerhalb planetarer Grenzen wirtschaftet.

Denn in dieser Debatte geht es um weit mehr als nur technologische Innovation in der Landwirtschaft. Im Kern stehen grundlegende politische Fragen: Wer kontrolliert künftig unser Ernährungssystem? Wie schützen wir Biodiversität und Umwelt? Wie sichern wir Transparenz, Verbraucherrechte und die Freiheit gentechnikfreier Landwirtschaft? Und wie verhindern wir, dass die Abhängigkeit von multinationalen Saatgut- und Agrarkonzernen weiter wächst?

Ein wichtiger nächster Schritt steht am 15. Juni 2026 an: Dann wird der Unterausschuss des Europäischen Parlaments über den Text abstimmen. Dabei werden auch die [37 Änderungsanträge](#) behandelt, die von den Fraktionen der Sozialdemokraten, der Linken und der Grünen eingebracht wurden, um zentrale Schutzmechanismen wie Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit, Umweltstandards und Einschränkungen bei Patenten wieder zu stärken.

Die finale und entscheidende Abstimmung, mit der das Ergebnis des Trilogs endgültig in geltendes EU-Recht überführt werden könnte, wird am 17. Juni im Europäischen Parlament stattfinden.

Wir Grüne werden in den kommenden Abstimmungen dafür kämpfen, dass der vorliegende Text in

¹ NGTs („New Genomic Techniques“) sind neue Verfahren der Gentechnik wie CRISPR/Cas, mit denen das Erbgut von Pflanzen gezielt verändert wird. Anders als bei älterer Gentechnik wird dabei oft kein dauerhaft fremdes Erbgut eingebaut. Diese Verfahren werden von ihren Befürworter als präziser und risikoärmer als die Verfahren der alten Gentechnik beworben, es gibt aber bestehende Unsicherheiten für Umwelt, Biodiversität und Gesundheit. Der Europäische Gerichtshof stellte 2018 klar, dass auch NGTs unter das EU-Gentechnikrecht fallen.



Mai 2026

dieser Form nicht angenommen wird: Einerseits werden wir Änderungsanträge einbringen und unterstützen, um den Vorschlag substanziell zu verbessern. Andererseits lehnen wir das Gesamtpaket in seiner jetzigen Form ab, weil es aus unserer Sicht Verbraucherrechte, Biodiversität und die Zukunft einer gentechnikfreien Landwirtschaft nicht ausreichend schützt.

Grüne Kernbotschaften

1. Vorsorge statt Deregulierung

Neue Gentechnik darf nicht ohne umfassende Sicherheitsprüfung freigesetzt werden

2. Transparenz und Wahlfreiheit sichern

Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht zu wissen, wie ihre Lebensmittel produziert werden

3. Schutz der Biodiversität

Ökosysteme und Artenvielfalt dürfen nicht den Interessen weniger Konzerne geopfert werden

4. Keine Patentierung von Leben

Saatgut und genetische Ressourcen dürfen nicht weiter monopolisiert werden

5. Schutz von Bio- und gentechnikfreier Landwirtschaft

Koexistenz funktioniert nur mit klarer Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Haftungsregeln

6. Ernährungssouveränität erhalten

Die Kontrolle über unser Ernährungssystem muss bei Landwirten, Züchtern und Bürgerinnen bleiben – nicht bei multinationalen Agrarkonzernen

Warum der Deregulierungsvorschlag abzulehnen ist

1. Angriff auf das Vorsorgeprinzip

Das europäische Umweltrecht basiert auf dem Vorsorgeprinzip: Neue Technologien sollen erst dann eingesetzt werden, wenn ihre Sicherheit ausreichend geprüft und nachgewiesen ist. Genau dieses Prinzip wird durch die geplante Deregulierung neuer Gentechnikverfahren ausgehöhlt. Die Kriterien, nach denen sogenannte NGT1-Pflanzen als angeblich „gleichwertig“ mit konventionell gezüchteten Pflanzen eingestuft werden sollen, beruhen eben nicht auf einer umfassenden Sicherheitsbewertung. Mehrere wissenschaftliche Behörden – unter anderem in Deutschland, Frankreich und Österreich – haben die wissenschaftliche Grundlage der Vorschläge ausdrücklich kritisiert. Besonders problematisch ist dabei die extrem weit gefasste Definition der NGT1-Kategorie. Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass dadurch etwa 95 Prozent aller neuen gentechnisch veränderten Pflanzen ohne echte Risikoprüfung auf den Markt gelangen könnten. Aus grüner Sicht ist das weder wissenschaftlich seriös noch politisch verantwortbar.



Mai 2026

2. Verbraucher verlieren ihr Recht auf Transparenz

Die Kennzeichnungspflicht für NGT-1-Produkte soll abgeschafft werden. Bislang gilt in der EU, dass gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln klar gekennzeichnet werden müssen. Genau diese Transparenz würde für einen Großteil der neuen Gentechnikprodukte künftig wegfallen. Verbraucherinnen und Verbraucher könnten dann nicht mehr erkennen, ob ihre Lebensmittel mit neuen gentechnischen Verfahren hergestellt wurden. Gleichzeitig würde es für Landwirte, Lebensmittelhersteller und den Bio-Sektor nahezu unmöglich, gentechnikfreie Lieferketten zuverlässig zu garantieren. Damit wäre auch die Wahlfreiheit der Menschen massiv eingeschränkt. Dabei zeigen Umfragen seit Jahren, dass rund 90 Prozent der EU-Bürgerinnen und Bürger eine verpflichtende Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel unterstützen. Aus grüner Sicht ist deshalb klar: Transparenz entlang der gesamten Lebensmittelkette ist kein Bürokratieproblem, sondern ein demokratisches Grundrecht und Voraussetzung für informierte Verbraucherentscheidungen.

3. Gefahr für Bio-Landwirtschaft und gentechnikfreie Produktion

Die geplante Deregulierung bedroht insbesondere den Bio-Sektor und die gentechnikfreie Landwirtschaft. Zwar sind NGTs im Ökolandbau weiterhin verboten, doch ohne verpflichtende Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und verlässliche Nachweismethoden wird in der Praxis kaum kontrollierbar sein, ob Produkte mit neuer Gentechnik verunreinigt wurden. Gleichzeitig fehlen verbindliche Regeln zur Vermeidung solcher Kontaminationen sowie ausreichende Haftungsregelungen für mögliche Schäden. Hinzu kommt, dass ein systematisches Umweltmonitoring praktisch nicht vorgesehen ist. Damit wird die Koexistenz zwischen gentechnikfreier und gentechnischer Landwirtschaft faktisch unmöglich gemacht. Die Folgen würden vor allem kleinere Betriebe, Bio-Landwirte und regionale Produzenten tragen – während große Agrar- und Saatgutkonzerne von der Deregulierung profitieren könnten.

4. Mehr Macht für internationale Saatgutkonzerne

Besonders kritisch ist die Patentfrage. Große Konzerne könnten künftig Patente auf NGT-Pflanzen und bestimmte genetische Eigenschaften anmelden – selbst dann, wenn ähnliche Eigenschaften auch natürlich vorkommen oder durch klassische Züchtung entstehen könnten. Das würde die ohnehin starke Konzentration im Saatgutmarkt weiter verschärfen, die Abhängigkeit von Landwirten von wenigen multinationalen Konzernen erhöhen, Saatgut verteuern und die Freiheit von Züchtern und Bauern weiter einschränken.

Das Europäische Parlament hatte ursprünglich ein Verbot solcher Patente gefordert. Im finalen Kompromiss wurde dieses Ziel jedoch weitgehend aufgegeben. Statt verbindlicher Regeln ist lediglich ein freiwilliger Verhaltenskodex der Industrie vorgesehen. Aus grüner Sicht reicht das bei weitem nicht aus. Denn Saatgut ist keine gewöhnliche Handelsware, sondern die Grundlage unserer Ernährungssouveränität und landwirtschaftlichen Vielfalt.



Mai 2026

Hintergrund - Zeitachse

- Juli 2023: Die Europäische Kommission legt einen [Vorschlag](#) zur weitgehenden Deregulierung sogenannter Neuer Genomischer Techniken (NGTs) vor. Ziel ist es, einen Großteil neuer gentechnisch veränderter Pflanzen – insbesondere die Kategorie „NGT1“ – von den bisherigen strengen EU-Gentechnikregeln auszunehmen
- Februar 2024: Das [Europäische Parlament verabschiedet seine Position](#): Zwar unterstützt eine Mehrheit grundsätzlich die neue Kategorienlogik, das Parlament fordert jedoch zusätzliche Schutzmaßnahmen wie eine verpflichtende Kennzeichnung aller NGT-Produkte, mehr Transparenz sowie ein Verbot von Patenten auf NGT-Pflanzen
- März 2025: Der Rat beschließt eine gemeinsame Position. Mehrere Mitgliedsstaaten hatten den Vorschlag zunächst über Monate hinweg blockiert
- Dezember 2025: Das Ergebnis der Trilogverhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat liegt vor. Zentrale Forderungen des Parlaments wurden stark abgeschwächt oder gestrichen:
 - keine vollständige Kennzeichnung
 - keine umfassende Rückverfolgbarkeit
 - kein Patentverbot
 - keine starken Kontrollmechanismen
 - keine ausreichende Umweltüberwachung
- Januar 2026: Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments bestätigt das Trilogergebnis
- 21.4. Der Rat der Europäischen Union stimmt dem [Trilogergebnis](#) zu

⇒ **Am 15. Juni 2026 wird der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über den Text abstimmen – dabei werden auch die [37 Änderungsanträge](#) abgestimmt werden, die von den Fraktionen der Sozialisten, Linken und Grünen eingereicht wurden**

⇒ **Die finale und entscheidende letzte Abstimmung, die es braucht, damit aus dem Trilog-Ergebnis eine rechtskräftige Verordnung wird, wird am 17. Juni stattfinden**

Mehr zum Thema NGTs von Martin Häusling

Kernpunkte der geplanten zukünftigen EU-Verordnung: [hier](#)

Faktensammlung Neue Gentechnik: [hier](#)

10 Forderungen zur neuen Gentechnik-Regelung: [hier](#)